



Mit der Friedensbotschaft der Gewerkschaften

„Die Welt ist im Krisen-Dauermodus!“ betitelt der DGB seinen Maiaufruf. „Energiekrise, Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, hohe Inflation und die Auswirkungen der Corona-Pandemie erzeugen Unsicherheit und stürzen viele Menschen in existentielle Sorgen.“

Das sind alles keine Naturereignisse, sondern Ergebnisse politischer Entscheidungen. Europas Sanktionen gegen Russland, von der Ampelregierung eifrig umgesetzt, schrauben die Energiepreise in schwindelnde Höhen. Eine Übergewinnsteuer hätte das verhindert, wurde von der Ampel aber abgelehnt. Stattdessen kauft sie das umweltschädliche Fracking Gas der USA und Kanadas sowie Öl aus Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Die multinationalen Energiekonzerne sind die Gewinner dieser politisch erzeugten Krise!

Auch die 100 Milliarden Euro Kriegskredite für die Rüstungsindustrie nutzen nicht der Bevölkerung, sondern nur den Aktienkursen der Rüstungsgiganten. Im Gesundheitswesen, in Schule und Bildung sowie der Sozialversorgung fehlt das Geld! Jedes vierte Kind in Deutschland lebt in Armut. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander! Die gestiegenen Lebenshaltungskosten berauben nicht nur die Bürgerschaft ihres gewohnten Lebensstils und mindern die Chancengleichheit innerhalb der Bevölkerung, sondern zwingen auch nicht wenige Gewerbetreibende in die Knie. Leere Produktionsbetriebe, leere Ladenlokale und geschlossene Gaststätten zeugen davon. Da klingt es zynisch, wenn der grüne Wirtschaftsminister zu dieser Entwicklung sagt, die Unternehmen können ja mal eine Pause bei ihren Geschäften einlegen ...

„Eine Pause einlegen“ müssen viele unter uns, weil sie kein Geld für die Grundbedürfnisse des Lebens haben. Hunderttausenden gehen wöchentlich zu den Tafeln, um wenigstens einigermaßen über die Runden zu kommen. Und die Zahl der Ausgabestellen steigt stetig. Ist es nicht die Aufgabe einer Regierung, die Abwärtsspirale der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten aufzuhalten und gegen zu steuern?

Wo stehen die Gewerkschaften in dieser Frage? Die Solidarität nur mit den Beschäftigten reicht da nicht! Was ist mit den alleinerziehenden Frauen, den Alten und dauerhaft Kranken ohne Arbeit? Was ist mit den **Erwerbslosen**, die immer noch mit HartzIV, **jetzt unter dem neuen Namen „Bürgergeld“, abgespeist werden?** Und wer vertritt die Interessen der Leih- und Saisonarbeiter/innen der innereuropäischen Arbeitsmigranten oder derjenigen, die nur Werkverträge haben?

Über diesen vielfältigen Krisen hängt aktuell noch das Damoklesschwert des Krieges. Mit den Gewerkschaften treten wir, das Friedensforum Duisburg, für die weltweite kontrollierte Abrüstung, für Rüstungskontrolle und für die Verwirklichung von Frieden und Freiheit im Geiste der Völkerverständigung und der UN-Charta der Vereinten Nationen ein. Unsere Forderungen zum Wohle aller, diesseits und jenseits der Fronten, innerhalb und außerhalb des Kriegsgebiets sind zudem: Keine Waffenexporte in Kriegsgebiete! Sofortige Verhandlungen für einen Waffenstillstand – ohne Vorbedingungen –, **in der Ukraine! Wir setzen uns ein**, für ein europäisches Sicherheitssystem, in dem die Sicherheitsinteressen **und Souveränität** aller Staaten Berücksichtigung finden. **Wir fordern:**

Die Waffen nieder!

V.i.S.d.P.: Friedensforum Duisburg, c/o Jürgen Hagenguth, www.friedensforum-duisburg.de